



Die Republik Senegal am politischen Wendepunkt – zum Amtsantritt von Staatspräsident Faye

Klaus Grütjen

Zusammenfassung

Am 24. März 2024 fanden im Senegal Wahlen für das Amt des Staatspräsidenten statt. Aus ihnen ging der zu diesem Zeitpunkt 43-jährige Oppositionspolitiker Bassirou Diomaye Diakhar Faye als Sieger hervor. Am 02. April 2024 übernahm er die Amtsgeschäfte als fünfter Präsident der Republik Senegal. Dieses Ereignis könnte einen Wendepunkt in der jüngeren Geschichte des Landes darstellen. Es belegt einmal mehr dessen Sonderstellung im gesamtpolitischen Kontext der Region Westafrika/Sahel, in der es in den letzten Jahren vermehrt Machtergreifungen durch Militärs gegeben hat. Diese Wahl ist gegenläufig zu einem derzeit auch weltweiten Trend zur Autokratisierung.

Seit drei Jahren durchlief Senegal eine tiefgreifende politische Krise, die den Verfassungsstaat an die Grenzen seiner Belastbarkeit brachte. Zwar stellten währenddessen die staatlichen Institutionen ihre Stabilität und Widerstandskraft unter Beweis, und es konnten die Errungenschaften des demokratischen Rechtsstaates unter entscheidender Mitwirkung einer starken Zivilgesellschaft bis auf Weiteres gesichert werden. Schwächen aber zeigten sich während dieser Krise in den Bereichen der Justiz sowie in der Meinungs- und Pressefreiheit. Sicherheitskräfte schlugen gewaltsam Proteste und Demonstrationen nieder, die sich von Teilen der Bevölkerung gegen die als rechtswidrig angesehene Festnahme und Inhaftierung von Oppositionspolitikern richteten. Diese Maßnahmen forderten Dutzende von Todesopfern und mehrere hundert Verletzte. Weit mehr als tausend Menschen wurden inhaftiert, ohne dass ein ordentliches Gerichtsverfahren eingeleitet wurde. Bis zehn Tage vor seiner Wahl befand sich selbst Faye noch unter diesen Bedingungen in Haft. Umso erstaunlicher ist es, dass und wie es dem Senegal gelungen ist,

diese Krise zu überwinden. Der vorliegende Beitrag untersucht die politischen, gesellschaftlichen und verfassungsrechtlichen Faktoren, die zu dem sich abzeichnenden günstigen Ausgang dieses Konfliktes führten.

Die Krise, die einstweilen ein glückliches Ende nahm und das Programm des neuen Präsidenten legen nahe, dass auch Senegal die seit einigen Jahren in der Region Westafrika/Sahel zu beobachtende Tendenz einer Neudefinition des Staates sowie des Profils seiner Aufgaben, Befugnisse und Leistungen aufgreift, und zwar mit demokratisch fundierten Lösungsansätzen.

Faye und seine Mitstreiter sagten der seit Langem etablierten politischen Klasse den Kampf an. Seinen Wählern versprachen sie grundlegende Reformen der staatlichen Institutionen, eine Rationalisierung und Verschlankung der öffentlichen Verwaltung und dass sie die in den letzten Jahren deutlich angestiegenen Tendenzen von Korruption, Klientelismus und Veruntreuung öffentlicher Finanzen, Güter und Ressourcen entschieden bekämpfen würden. Hierfür gaben ihnen die Wähler und Wählerinnen mit ihrem eindeutigen Votum einen klaren Auftrag.

Mit dem Amtsantritt von Präsident Faye werden auch die Kräfteverhältnisse innerhalb der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (*Economic Community of West African States* – ECOWAS) teilweise neu bestimmt. In den nächsten Jahren wird es in verschiedenen Staaten der Region zu weiteren Verschiebungen zugunsten einer jüngeren Generation politischer Eliten kommen. Deutschland und die Europäische Union werden sich künftig noch stärker damit auseinandersetzen müssen, dass sich die afrikanischen Nationen auf ihre eigene kulturelle Identität besinnen und im politischen Diskurs immer stärker ihren Anspruch betonen, ihre Souveränität durchzusetzen.

Senegal als Stabilitätsanker in der Region Westafrika/Sahel

Am 24. März 2024 wurde der Oppositionspolitiker Bassirou Diomaye Diakhar Faye zum fünften Staatspräsidenten der Republik Senegal gewählt. Mit seinen 44 Jahren, die er am Tag darauf vollendete, ist Faye nicht nur der bisher jüngste Kandidat, der das höchste Amt in diesem Land antritt. Es ist auch das erste Mal, dass ein neu angetretener Präsidentschaftskandidat bereits im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit von wenigstens 50 % der abgegebenen Stimmen erreichte. Damit entfiel eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen. Ein weiteres Novum dieser Wahl war, dass ein senegalesischer Staatspräsident, Macky Sall, Wahlen für dieses Amt organisierte, selbst aber nicht als Kandidat antrat.

Senegal nimmt in Westafrika eine Sonderstellung ein, weil es als einziges Land der Region seit seiner politischen Unabhängigkeit am 04. April 1960 noch keinen Staatsstreich erlebt hat. Die Machtwechsel in den Jahren 2000 und 2012 vollzogen sich wie auch der am 24. März 2024 aufgrund von demokratischen Wahlen. Senegal bekräftigte so erneut seine Position als Beispiel für gelebte Demokratie mit funktionierenden republikanischen Institutionen. Wobei eben diese Errungenschaften kürzlich stark auf die Probe gestellt wurden, weil das Land in den letzten Monaten eine Phase politischer Krisen und Unruhen durchlief, die sich auch auf seine Perspektiven als Wirtschaftsstandort ausgewirkt haben. Dass Faye am 02. April 2024 sein Amt als Staatspräsident und somit zum gesetzlich vorgesehenen Termin antreten konnte, zeugt einmal mehr von der Widerstandsfähigkeit des Systems des demokratisch-rechtsstaatlichen Verfassungsstaates im Senegal. Ein weiteres Mal bestätigte sich das, was als „senegalesisches Wunder“ bezeichnet werden könnte.

Der Kontrast zu den politischen Entwicklungen in den meisten benachbarten Staaten, in denen jeweils bereits mehrfach Staatsstrieche durch Militärs erfolgten, lässt nach den Gründen für das Erfolgsmodell dieses Landes fragen. Welches sind

die Alleinstellungsmerkmale dieses politischen und gesellschaftlichen Systems? Welche Schlüsse und Empfehlungen können für staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure anderer Länder der Region und für ihre Partner aus dem Beispiel Senegal möglicherweise abgeleitet werden, um für bestehende politische und gesellschaftliche Krisen in der Region Lösungen zu finden?

Die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Probleme im Senegal unterscheiden sich nicht grundsätzlich von denen seiner Nachbarländer, in denen in den vergangenen vier Jahren Militärs die Staatsführung übernommen haben. Wie Burkina Faso, Mali und Niger, aber auch Guinea (Conakry) hat Senegal mit erheblichen strukturellen Problemen zu kämpfen. Etwa mit den Folgen des Klimawandels und der Jugendarbeitslosigkeit. Dazu kommen fehlende Perspektiven für eine wirtschaftliche und soziale Entfaltung, woraus wiederum eine Unzufriedenheit mit den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen resultiert. Weithin spürbar nimmt die Korruption zu und angesichts der in den letzten Jahren ebenfalls zahl- und umfangreicheren Fälle von Nepotismus und Vorteilsnahme wächst die Frustration. Wie in den zuvor beispielhaft zitierten Ländern wuchs auch im Senegal die Unzufriedenheit einer Bevölkerungsmehrheit mit der etablierten politischen Klasse. Eine Korrektur dieser Tendenzen erschien auch im Senegal unausweichlich.

Jedoch war dieser Aufbruch alles andere als einfach. Ihm ging eine der bisher tiefsten politischen Krisen dieses Landes voraus. Noch vor wenigen Wochen war ihr jetzt wahrscheinlich positiver Ausgang nicht mit Sicherheit vorhersehbar.

Aus der Gesamtschau des Ablaufs der Geschehnisse und der Faktoren, die diese Entwicklung bedingt haben, lassen sich auch Handlungsempfehlungen für die deutsche und europäische Außen- und Entwicklungspolitik ableiten. Diese stehen vor der Herausforderung, dem in den letzten Jahren gewachsenen Einfluss Russlands, Chinas oder des Iran (Demirdirek & Talebian, 2022) entgegenzutreten. Und zwar mit Konzepten und Perspektiven für eine wechselseitig gewinnbringende Zusammenarbeit, die den veränderten Rahmen-

bedingungen und Erwartungen der afrikanischen Partner besser entsprechen.

Der schwierige Weg zu den Wahlen am 24. März 2024

Wie in den meisten frankophonen Staaten Afrikas wurde auch im Senegal in den letzten Jahren die Frage diskutiert, ob der Text der Verfassung dem amtierenden Staatspräsidenten eine weitere Amtszeit ermöglicht. Diese Debatten wurden jeweils von Verfassungsänderungen ausgelöst, die die Dauer und Begrenzung der Anzahl der Mandate der Präsidenten betrafen. Denn sie eröffneten den Amtsinhabern nach einer im französischsprachigen Raum auch unter namhaften Staats- und Verfassungsrechtlern verbreiteten Auffassung die Möglichkeit, sich darauf zu berufen, dass ein neues Verfassungsregime in Kraft getreten war, nach dem sie erneut für eine „erste Amtszeit“ kandidieren könnten. Dieses politische Kalkül ging aber nicht in allen Fällen auf. In Burkina Faso führte das Vorhaben des früheren Präsidenten Blaise Compaoré, nach seiner 27 Jahre währenden Regierungszeit für eine weitere Amtsperiode zu kandidieren, zu seinem Sturz durch den Volksaufstand vom 30./31. Oktober 2014 (Grütjen, 2018).

In der Verfassung des Senegal vom 22. Januar 2001 wurde die Zahl der möglichen Amtszeiten des Staatspräsidenten auf zwei begrenzt. Mit der unter Präsident Macky Sall angenommenen Verfassungsänderung vom 05. April 2016 wurde die Amtsperiode des Staatsoberhauptes von sieben auf fünf Jahre reduziert. Diese Neuregelung löste im Folgenden die Diskussion aus, ob Macky Sall nach seiner Wiederwahl 2019 seine zweite und somit letzte Amtszeit antrat oder ob damit für ihn ein „neues erstes Mandat“ begann.

Macky Sall ließ diese öffentlich gestellte Frage nach seiner Kandidatur über lange Zeit offen. Damit eröffnete er Raum für Spekulationen, die erst endeten, als er am 03. Juli 2023 in einer mit großer Spannung erwarteten Fernsehansprache erklärte, dass er für die Präsidentschaftswahlen 2024 nicht mehr als Kandidat antrete. Dabei ließ

er allerdings die Frage offen, ob er dies dem Wortlaut der Verfassung nach hätte tun können. Insofern blieb die Frage nach der Interpretation der einschlägigen Verfassungsbestimmungen seinerseits unbeantwortet.

Entsprechend umfassend und heftig waren die Reaktionen darauf, dass der Staatspräsident am Nachmittag des 03. Februar 2024, also wenige Stunden vor dem offiziellen Beginn des Wahlkampfes seine Entscheidung verkündete, die zunächst für den 25. Februar 2024 anberaumten Präsidentschaftswahlen auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Vielerorts gingen Tausende von Menschen auf die Straße und demonstrierten gegen diese von ihnen als Verfassungsbruch angesehene Entscheidung. Es wurde der Vorwurf des „Verfassungsstaatsstreichs“ laut.

Sall hatte seine Entscheidung getroffen, nachdem eine parlamentarische Kommission eingesetzt worden war, um den Vorwurf der Manipulation des Wahlprozesses durch zwei Richter des senegalesischen Verfassungsrates (vergleichbar dem deutschen Bundesverfassungsgericht) zu untersuchen. Er kündigte an, in der Zwischenzeit einen offenen „Nationalen Dialog“ einzuberufen, um „die Bedingungen für eine freie, transparente und inklusive Wahl zu schaffen“. Dies geschah vor dem Hintergrund der bereits zuvor geäußerten und von Macky Sall zwar nicht gezielt geschürten, so doch zumindest aufrecht erhaltenen Zweifel an der Ernsthaftigkeit seiner Absicht, sein Amt an einen gewählten Nachfolger zu übergeben. Insofern sahen die Opposition und weite Teile der Bevölkerung in diesen Maßnahmen und Ankündigungen nichts anderes als Versuche und Manöver der Staatsführung, auf Zeit zu spielen, um die Übergabe der Regierungsgeschäfte an die in den Vorhersagen deutlich vorne liegende Opposition möglichst noch zu verhindern oder sie so lange wie möglich hinauszuschieben. Erreicht werden sollte dies auch dadurch, dass die Kandidatur eines von der Regierung als weniger „radikal“ eingestuften Oppositionellen zugelassen werden sollte, nämlich von Karim Wade, dem Sohn von Salls Amtsvorgänger Abdoulaye Wade. Dieser war von den

letzten Präsidentschaftswahlen ausgeschlossen worden. Denn er besaß zum maßgeblichen Zeitpunkt, als er die Unterlagen für seine Kandidatur einreichen ließ, neben der senegalesischen noch die französische Staatsbürgerschaft seiner Mutter. Aber die Verfassung ließ für den Staatspräsidenten keine doppelte Staatsangehörigkeit zu.

Dies führte zu im Senegal bisher nie dagewesenen Szenen. Die Sitzung der Nationalversammlung am Abend des 05. Februar 2024 wird voraussichtlich als mahnendes Beispiel in die Geschichte der parlamentarischen Demokratie des Senegal eingehen. Um ihrem zuvor gescheiterten Kandidaten Karim Wade die Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen zu ermöglichen, verbündete sich in dieser Sitzung die oppositionelle Partei PDS (Parti Démocratique Sénégalais) mit der die Mehrheit der Abgeordneten stellenden Partei des Staatspräsidenten Macky Sall, der APR (Alliance pour la République). Gemeinsam stimmten sie für ein Gesetz, das die Präsidentschaftswahlen auf den 15. Dezember 2024 verschieben sollte. Allerdings geschah dies unter bisher noch nie dagewesenen Umständen: Nachdem sie versucht hatten, eine parlamentarische Debatte vor der Abstimmung einzufordern und sie bis dahin zu blockieren, wurden die Vertreter der anderen Oppositionsparteien, die sich geschlossen gegen die beabsichtigte Verschiebung der Wahlen ausgesprochen hatten, aus dem Sitzungssaal entfernt. Und zwar durch die vom Parlamentspräsidenten aufgrund seines Polizeirechts einberufene Gendarmerie (*manu militari*). Somit entschieden unter Ausschluss aller anderen Parlamentarier ausschließlich die Abgeordneten der regierenden APR mit den Oppositionellen der PDS über das Gesetz. In den anschließenden Demonstrationen entlud sich auch die Entrüstung der Menschen über dieses Vorgehen.

Wie angekündigt berief Staatspräsident Macky Sall am 23. Februar 2024 erneut einen „Nationalen Dialog“ ein, der am 26. und 27. Februar 2024 in Diambiadio stattfand. Diese neu gegründete Stadt liegt 30 Kilometer südlich von Dakar. Mehrere Ministerien und weitere Regierungsbehörden

sowie internationale Organisationen haben in den letzten Jahren dorthin ihren Sitz verlegt. An diesem „Nationalen Dialog“ sollten die im Kontext der jüngeren politischen Entwicklungen in Westafrika inzwischen regelmäßig bemühten „Lebendigen Kräfte der Nation“ („Forces Vives de la Nation“) teilnehmen, also Vertreter der politischen Parteien, der Glaubensgemeinschaften, des Privatsektors und der Zivilgesellschaft. Da sich die Opposition und mit ihr 17 der 19 vom Verfassungsrat für die Wahl zugelassenen Kandidaten sowie zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen entschlossen hatten, die Veranstaltung zu boykottieren, stellte sich die Frage der Repräsentativität und damit auch der Legitimität dieser Ad-hoc-Instanz.

Der trotz dieser Umstände abgehaltene „Nationale Dialog“ sprach sich dafür aus, den ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 02. Juni 2024 abzuhalten. Angeblich bestand „ein weitgehender Konsens“ darüber, dass diese Wahlen nicht stattfinden könnten, bevor das Mandat des Präsidenten am 02. April 2024 offiziell endete.

Die Schlüsselrolle des Verfassungsrates

Eines der ausschlaggebenden Momente für die Lösung dieses sich zuspitzenden Konfliktes waren die in dieser Angelegenheit getroffenen Entscheidungen des Verfassungsrates (Soma, 2024; Tuekam Tatchum, 2024).

Zwei Abgeordnete der Nationalversammlung hatten den Verfassungsrat in ihrem eigenen Namen sowie im Namen von 38 weiteren Abgeordneten angerufen. Er sollte über die Verfassungsmäßigkeit des am 05. Februar 2024 verabschiedeten Gesetzes (Nr. 4/2024) zur Verschiebung der Wahlen entscheiden. Der Verfassungsrat verband dieses Verfahren mit einem Antrag von sieben der 19 Präsidentschaftskandidaten. Sie wollten die Verfassungsmäßigkeit des Dekretes (Rechtsverordnung) Nr. 2024-106 vom 03. Februar 2024 prüfen lassen, das die ebenfalls per Rechtsverordnung am 29. November 2023 erfolgte Einberufung der Wählerschaft für die Wahl des

Staatspräsidenten am 25. Februar 2024 widerrufen hatte. Beide Anträge erklärte der Verfassungsrat in seiner Entscheidung (Nr. 1/C/2024) vom 15. Februar 2024 für zulässig und sowohl das beanstandete Gesetz vom 05. Februar 2024 als auch das zwei Tage zuvor unterzeichnete Dekret (Nr. 2024-106) für verfassungswidrig. Nur einen Tag später erging am 16. Februar 2024 ein Kommuniqué des Amtes des Staatspräsidenten, das besagte, dass der Präsident die Entscheidung des Verfassungsrates beachten und ausführen würde.

Diese Ankündigung blieb zunächst aber folgenlos. Am 26. Februar 2024 stellten 16 der 19 zur Wahl zugelassenen Kandidaten einen Antrag, aufgrund dessen der Verfassungsrat am 06. März 2024 im Wege der Ersatzvornahme den Wahltermin auf den 31. März 2024 festlegte (Entscheidung Nr. 5/E/2024), und zwar unter Berufung auf die Untätigkeit des Staatspräsidenten. Erst danach machte Macky Sall den Weg frei, damit die Wahlen für seinen Amtsnachfolger organisiert werden konnten. In zwei auf den 06. März 2024 datierten Dekreten (Nr. 2024-690 und 2024-691) bestimmte er als Wahltermin den 24. März 2024. In einem Kommuniqué vom 07. März 2024 bestätigte der Verfassungsrat die Gültigkeit dieser beiden Rechtsverordnungen und damit den 24. März 2024 als Wahltermin. Dabei betonte er, dass die Festsetzung von Wahlen in die Zuständigkeit des Staatspräsidenten falle und er seine Maßnahme nur hilfsweise mangels einer entsprechenden Disposition des zuständigen Organs ergriffen habe. Im Rahmen einer Güterabwägung wurde dabei hingenommen, dass die gesetzlich vorgesehene Dauer der Wahlkampagne verkürzt wurde.

Die Kombination aus diesen Entscheidungen des Verfassungsrates und dem wachsenden Druck vonseiten der Zivilgesellschaft und der öffentlichen Meinung gab somit den Ausschlag. Entgegen der Empfehlungen des „Nationalen Dialogs“ vom 26.–27. Februar 2024 machte der Präsident schließlich den Weg frei, damit die Präsidentschaftswahlen vor Ablauf seiner Amtszeit am 02. April 2024 organisiert werden konnten.

Der Ausgang der Wahl vor dem Hintergrund der politischen Spannungen und Konflikte

Am Wahlabend deutete sich bereits kurz nach Schließung der Wahllokale ein eindeutiger Sieg des oppositionellen Anti-System-Kandidaten und Panafrikanisten Faye an. Das offizielle Wahlergebnis bestätigte, dass Faye 54,28 % der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen konnte und folglich keine Stichwahl erforderlich war. Der Kandidat der regierenden Mehrheitspartei APR, der frühere Premierminister Amadou Ba, erreichte 35,79 %. Die anderen 16 männlichen Kandidaten und Anta Babacar Ngom, die als einzige Frau für das höchste Staatsamt kandidiert hatte, erzielten weit abgeschlagen nur niedrige einstellige Prozentwerte. Als Drittplatzierter erreichte Aliou Mamadou Dia 2,80 %. Auf ihn folgte mit 1,56 % der frühere Bürgermeister von Dakar, Khalifa Ababacar Sall (Parti socialiste – PS). Alle anderen Kandidaten erzielten weniger als ein Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 61,3 %. Von 7.371.890 verzeichneten Wählerinnen und Wählern gaben 4.519.253 ihre Stimme ab; davon waren 33.991 ungültig. Am 29. März 2024 bestätigte der Verfassungsrat dieses Ergebnis. Das vergleichsweise schwache Abschneiden von Amadou Ba kann teilweise auf Spannungen und sich bereits andeutende Risse innerhalb der bisherigen Mehrheitspartei APR zurückgeführt werden. In den letzten Wochen vor der Wahl war der Eindruck entstanden, dass Amadou Ba zwar Kandidat der bisherigen Regierungspartei war, aber von deren Vorsitzenden Macky Sall nicht unterstützt wurde.

Dieses Ergebnis belegt eindrucksvoll die Entschlossenheit der senegalesischen Bürger und Bürgerinnen, ihre verfassungsrechtlich verbrieften demokratischen Rechte zu nutzen und dem hergebrachten etablierten System eine Abfuhr zu erteilen.

Die durchweg ruhige und friedliche Atmosphäre, in der die Wahlen schließlich stattfanden, lässt keine Rückschlüsse mehr auf ihre Vorgeschichte zu, die

etwa zwei Jahre zuvor begann und die senegalesische Gesellschaft einer ernsthaften Zerreißprobe unterzogen hat.

Fayes Wahlsieg erscheint auch deshalb so bemerkenswert, weil er sich bis zehn Tage vor seiner Wahl zum Staatspräsidenten noch in Haft befunden hatte.

Bassirou Diomaye Diakhar Faye wurde am 25. März 1980 in Ndiagianao (Departement Mbour, Region This) geboren. Er gehört der in dieser Region mehrheitlich vertretenen ethnischen Gruppe der Serer an, ist ihren traditionellen und kulturellen Werten sowie dem muslimischen Glauben verbunden und wuchs bei seinen Eltern, einer altingesessenen und angesehenen Familie, im ländlichen Milieu auf.

Faye besuchte in seinem Heimatdorf eine private katholische Grundschule und eine Sekundarschule (Collège). Die letzten drei Jahre seiner Schulausbildung absolvierte er am Demba-Diop-Gymnasium (Lyce) in Mbour. Sein 2000 begonnenes Studium der Rechtswissenschaften an der Cheikh-Anta-Diop-Universität in Dakar schloss er 2004 mit dem Mastergrad ab. Anschließend studierte er bis 2007 an der Nationalen Verwaltungshochschule (Ecole Nationale d'Administration – ENA).

Wie Ousmane Sonko (Premierminister Senegal seit April 2024) arbeitete Faye zunächst als Beamter im höheren Dienst der staatlichen Finanz- und Liegenschaftsverwaltung. Zusammen mit Sonko engagierte er sich in der Gewerkschaft der für diesen Bereich Bediensteten. Faye war seit ihrer Gründung 2014 eine der tragenden Kräfte der Partei PASTEF. Während Sonko im Außenverhältnis deren wichtigste Fhrungspersonlichkeit war, agierte Faye als führende Fachkraft. Er kümmerte sich um die politische Doktrin und die innere Parteiorganisation. Im Oktober 2022 übernahm er das Amt des Generalsekretärs der Partei, das er nach seinem Amtsantritt als Staatspräsident niederlegte.

Die Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Oppositionspolitiker Ousmane Sonko war mit ein Auslöser des politischen Konfliktes, der sich bis kurz vor den Wahlen kritisch zuspitzte und dazu führte, dass sie um einen Monat verschoben wurden. Sonko war, wie erwähnt, ursprünglich Beamter

der staatlichen Finanz- und Liegenschaftsverwaltung und hatte die autonome Gewerkschaft der öffentlichen Bediensteten dieses Bereichs mit ins Leben gerufen. 2014 gründete er die Partei „Afrikanische Patrioten des Senegal für Arbeit, Ethik und Brüderlichkeit“ (*Patriotes africains du Sénégal pour le travail, l'éthique et la fraternité* – PASTEF). Für Aufsehen sorgte seine Kritik an der Regierung, die er mit seinen Anhängern fiskalischer und haushaltspolitischer Unregelmäßigkeiten beschuldigte. Sonko stellte u. a. Nachforschungen über das fragwürdige Vorgehen senegalesischer Behörden und bestimmter Wirtschaftskreise bei der Erschließung der großen Erdöl- und Erdgasfelder an, die in senegalesischen Küstengewässern entdeckt worden waren. Sie waren der Anlass für seine Entlassung aus dem Staatsdienst „...wegen Verletzung der Amtsverschwiegenheit, ohne Aussetzung der Pensionsansprüche“ im August 2016. Im Dezember 2019 wurde diese Entscheidung höchstrichterlich bestätigt.

Diese Enthüllungen und Offenlegungen verschafften Ousmane Sonko und seinen politischen Gefhrten weithin einen hohen Grad an Popularität. Als Vorsitzender der PASTEF war er von 2017–2022 Abgeordneter der senegalesischen Nationalversammlung. 2019 trat er als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen an und belegte bereits damals mit 15,67 % den dritten Platz hinter Macky Sall und Idrissa Seck. Im Februar 2022 wurde er bei den Kommunalwahlen zum Bürgermeister seiner Heimatstadt Ziguinchor in der Casamance im Süden des Senegal gewählt.

Als Sonko im Februar 2021 von Adj Sarr, einer jungen Angestellten eines von ihm regelmäßig besuchten Massagesalons wegen wiederholter Vergewaltigungen und Morddrohungen angezeigt wurde, erfuhr seine politische Karriere einen Einschnitt. Aufgrund Sonkos wachsender Popularität erregte dieser Fall in der Bevölkerung hohes Aufsehen. Er gilt als wesentlicher Auslöser für eine Serie weitreichender und lang andauernder Proteste, die von den Sicherheitskräften gewaltsam niedergeschlagen wurden. Im Februar 2021 hob das Parlament Sonkos parlamentarische Immunität auf. Am 01. Juni 2023 wurde er zwar im

Hauptverfahren von den gegen ihn von Adjji Sarr erhobenen Vorwürfen freigesprochen. Da die Klägerin zum Zeitpunkt der Geschehnisse unter 21 Jahren alt war, wurde Sonko jedoch wegen „Verführung Minderjähriger“ (nach senegalesischem Strafrecht unter 21 Jahren) zu zwei Jahren Haft verurteilt. Darüber hinaus erstattete im November 2022 Tourismusminister Mame Mbaye Niang Anzeige gegen Sonko wegen Verleumdung, öffentlicher Beleidigung, Urkundenfälschung und Verwendung von gefälschten Urkunden. Niang zufolge habe ihn Sonko der Korruption bezichtigt. Dabei ging es in einer inzwischen öffentlich gewordenen Affäre um die Unterschlagung von Mitteln des Programms landwirtschaftlich genutzter Liegenschaften der lokalen Gemeinschaften (PRO-DAC). Sonko wurde zu einer zweimonatigen Haftstrafe auf Bewährung und zur Zahlung von 200 Millionen Francs CFA (ca. 304.900 EUR) Schadensersatz verurteilt. Ab Ende Mai 2023 befand sich Ousmane Sonko unter bewachtem Hausarrest und wurde zwei Wochen später in Haft genommen.

Als der damalige PASTEF-Generalsekretär Basirou Diomaye Faye den Umgang der Justizbehörden mit Sonko kritisierte, wurde er am 14. April 2023 selbst wegen der „Verbreitung falscher Nachrichten, Missachtung des Gerichts und Verleumdung einer konstituierten Körperschaft (eines Berufsstandes)“ in Untersuchungshaft genommen. Erst am 14. März 2024 wurden Faye, Sonko und andere Mitglieder und Sympathisanten von PASTEF aus der Haft entlassen. Im Unterschied zu Sonko, dessen Inhaftierung eine rechtskräftige Verurteilung vorausgegangen war, war gegen Faye während seiner elf Monate dauernden Haft keine Anklage erhoben worden.

Um Sonko, seinen Mitstreitern und Anhängern ihre wichtigste rechtliche und organisatorische Grundlage zu nehmen, wurde die Partei PASTEF am 31. Juli 2023 wegen Verstoßes gegen die Verfassung und das Parteiengesetz per Dekret verboten und aufgelöst.

Die gegen Sonko, Faye und ihre Mitstreiter ergriffenen Maßnahmen trugen rückblickend eher dazu bei, ihre Popularität zu fördern als ihre öffentliche

Sichtbarkeit und Aktionen zu unterdrücken. Ihre Behandlung durch Justiz und Sicherheitskräfte war mehrfach und vielerorts Anlass zu Protesten und Aufständen. Sie wurden von Polizei und Gendarmerie mit teilweise brutaler Gewalt und unter Einsatz von Tränengas und scharfer Munition niedergeschlagen. In den letzten zwei Jahren dieser Krise hatte der Senegal Dutzende Todesopfer und Hunderte von Verletzten zu beklagen. Weit mehr als 1000 Menschen wurden in dieser Zeit teilweise willkürlich inhaftiert, ohne dass gegen sie je ein ordentliches Gerichtsverfahren eröffnet worden wäre.

Aus heutiger Sicht ist es wenig wahrscheinlich, dass die in diesem Kontext begangenen Menschenrechtsverletzungen und die Vorgänge, die mit den Grundsätzen des Rechtsstaates unvereinbar sind, jemals aufgearbeitet werden. Denn als sich bereits ein Ausweg aus der Krise abzeichnete, verabschiedete die senegalesische Nationalversammlung am 06. März 2024 (94: Ja, 49: Nein, drei Enthaltungen) ein Gesetz zur Amnestie „aller möglicherweise als Verbrechen oder Vergehen zu qualifizierender, im Zeitraum vom 01. Februar 2021 bis zum 25. Februar 2024 im Senegal oder im Ausland im Zusammenhang mit Demonstrationen begangener oder politisch motivierter Handlungen“.

In Kreisen der Opposition und der Zivilgesellschaft wird dieses Gesetz scharf verurteilt. Denn es verhindert, dass die Sicherheitskräfte, die in die beschriebenen Gewaltakte verwickelt waren und die politisch Verantwortlichen, auf deren Anweisung sie handelten, zur Rechenschaft gezogen werden. Amnesty International bezeichnete diese Amnestie als „einen Affront gegenüber den Opfern, die die Demonstrationen gefordert haben“. Human Rights Watch kritisierte, dass diese Regelung „den Weg zur Straflosigkeit schwerer Verbrechen eröffnet“. Gleichwohl war dieses Gesetz die rechtliche Grundlage dafür, dass Sonko und Faye sowie Hunderte von Gefangenen ihre Freiheit wiedererlangt haben.

Präsident Macky Sall begründete diese von ihm initiierte und unterstützte Maßnahme: „Ich wünsche, dass über das legitime Anliegen von Gerechtigkeit, Verantwortung und Rechenschafts-

pflicht hinaus die Amnestie und das Verzeihen durch ihre heilsamen Tugenden für die Nation uns dabei helfen, diese schwierigen Momente zu überwinden, damit unser Land sich mit sich selbst versöhnen kann.“ Er habe diese Entscheidung getroffen, um das gesellschaftliche Klima zu beruhigen und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. „Ich möchte ein mit sich selbst versöhntes Land hinter mir zurücklassen“, betonte er erneut.

Ansehen und Ruf der Justiz und der Sicherheitskräfte des Senegal haben ebenso wie die dort bis vor wenigen Jahren als vorbildlich geltende Meinungs- und Pressefreiheit in jedem Fall bleibende Schäden davongetragen. Die offensichtlichen und straflos gebliebenen Grundrechtsverletzungen haben Systemschwächen offengelegt. Nur allmählich wird der damit verbundene Vertrauensverlust in die staatlichen Institutionen und Dienste durch konkrete Reformmaßnahmen wieder aufgebaut werden können.

Private Fernseh- und Rundfunkanstalten, die direkt, also ungeschönt vom Vorgehen der Sicherheitskräfte und Justizbehörden berichteten, waren über mehrere Tage oder Wochen mit Sendeverbot belegt worden. Mehrfach und über längere Zeiträume wurde das Sendesignal des als kritisch bekannten und vom Publikum geschätzten Medienunternehmens Walfadjri unterbrochen. Anfang Februar 2024 wurde ihm sogar „endgültig“ die Lizenz entzogen (diese Maßnahme wurde mittlerweile wieder aufgehoben). Außerdem verfügten die staatlichen Behörden in mehreren, von ihnen als kritisch eingestuften Situationen die Unterbrechung aller mobiler Internetverbindungen. Den Organisatoren von Demonstrationen und den Protestbewegungen sollte so die Kommunikation und damit die Koordination ihrer Aktionen erschwert werden.

Analyse und Bewertung im aktuellen politischen Kontext

Die geschilderten Vorgänge belegen, dass die Ereignisse und Entwicklungen im Senegal sowohl politisch als auch gesellschaftlich viele Gemeinsamkeiten mit seinen Nachbarstaaten der Sahelzone aufweisen. Ein wesentlicher Unterschied

besteht allerdings darin, dass die aufgezeigten Probleme einer Lösung durch demokratische Prozesse zugeführt werden.

Wie die anderen Staaten der Region Westafrika/Sahel ist auch der Senegal in eine Phase der staatlichen Erneuerung, in einen Prozess des *Nation Building* und des *State Building* eingetreten (Grütjen, 2024). Anders als in den von Militärregimen geführten Ländern unterliegt dessen Steuerung einer demokratisch legitimierten Regierung. Im Falle Senegal verlaufen die Entwicklungslinien von Legalität (Gesetzmäßigkeit) und Legitimität somit parallel und weitgehend gleichförmig. In ihrem durch die Verfassung festgelegten und in der Realität gelebten Zusammenspiel haben die staatlichen Institutionen des Landes erneut ihre Widerstandsfähigkeit gegen Ansätze verfassungswidrigen Handelns bewiesen. Besondere Beachtung verdient in diesem Falle die konsequente Haltung des Verfassungsrates. Seine auf die strikte Anwendung der Verfassung gestützten Entscheidungen akzeptierte letztlich auch der Präsident. Viele der beobachteten Ereignisse deuten darauf hin, dass der Präsident und sein politisches Lager beabsichtigten, weiterhin die staatliche Gewalt in-nehuzhaben und auszuüben. Zumindest wollten sie sie nicht der Oppositionsfraktion überlassen, deren erklärtes Ziel der Bruch mit dem hergebrachten System ist. Genau dies aber ist nun eingetreten. Zu verdanken ist es der Widerstandsfähigkeit, der „Resilienz“ des senegalesischen Systems. Die Demokratie und der Verfassungsstaat im Senegal werden aus diesem Prozess wahrscheinlich gestärkt hervorgehen.

Zu den Faktoren, die entscheidend zum positiven Ausgang der Krise beigetragen haben, zählen einerseits das Streben nach Verständigung und Konsens, das die senegalesische Gesellschaft in besonderer Weise kennzeichnet und das ethnische und religiöse Zugehörigkeiten überschreitet. Andererseits die Tatsache, dass die Streitkräfte in politischen Konflikten unter strikter Beachtung ihres republikanischen Auftrages keine Position beziehen.

Mit PASTEF erlebt der Senegal möglicherweise das Aufkommen einer politischen Bewegung, die

dem Begriff einer Volkspartei nach deutschem Verständnis ähnelt (Partei, die bestrebt ist, durch Ausweitung ihrer Wählerbasis möglichst viele Stimmen für strategische Mehrheiten zu erzielen, mit dem Anspruch, schichtübergreifend und weltanschaulich verbindend breite Wählerschichten in sich aufzunehmen und in ihrer Interessenvielfalt ausgleichend vertreten zu wollen [Nohlen, 2010]). PASTEF verdankt zwar ihren Aufstieg und Erfolg weitgehend der charismatischen Führung durch Ousmane Sonko. Doch PASTEF, deren Strukturen das formale Verbot de facto überdauert und fast zur Bedeutungslosigkeit reduziert haben, hat nicht zuletzt durch die Benennung von Faye als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen bewiesen, dass Personen für die Besetzung von Ämtern austauschbar sind. Dass also die von der Organisation verfolgten Ziele und Ideen im Vordergrund stehen. Seinen Wahlkampf führte Faye mit einem detaillierten Programm unter dem Titel „Das Projekt eines souveränen, gerechten und wohlhabenden Senegal“ (Coalition Diomaye Président, 2024). Demgegenüber bilden sich in vielen Ländern der Erde politische Gruppierungen um Führungspersonen herum. Oftmals ist ihre Lebensdauer auf den Zeitraum begrenzt, in dem diese Führungspersonen politische Macht ausüben oder das Potenzial dafür haben. Im Senegal könnte ein solches Beispiel die Oppositionspartei PDS um den früheren Staatspräsidenten Abdoulaye Wade sein, aber auch die bisherige Mehrheitspartei APR von Präsident Macky Sall.

Ein weiterer struktureller Unterschied zwischen PASTEF und anderen senegalesischen Parteien besteht darin, dass diese Bewegung von finanziellen Zuwendungen eines bestimmten Personenkreises unabhängig ist. Sie hängt also nicht von materiellen und Vermögenswerten einzelner Personen oder Gruppen und damit von deren Zielvorgaben ab. Vielmehr setzt sie auf eine breiter angelegte Repräsentativität und Unterstützung auf Ebene der gesellschaftlichen Basis.

Ein weiterer wichtiger Erfolgsfaktor war und ist, dass PASTEF – sowohl in ihrer internen Abstimmung als auch in der Öffentlichkeit – Kommunikationsmittel optimal genutzt hat. In diesem Punkt ist

PASTEF der zuvor regierenden Partei APR deutlich voraus. PASTEF hat insbesondere die Kommunikationskanäle der sozialen Medien nachhaltig besetzt und genutzt. Es gelang ihr sogar, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung – insbesondere im Infrastrukturbereich – von der Vorstellung erfolgreich verwirklichter Projekte der Regierung abzulenken.

Ähnlich wie in Burkina Faso, Mali und Niger scheint die alte politische Klasse des Senegal ausgedient zu haben und nicht mehr erneuerungsfähig zu sein. Allerdings hat im Senegal das Volk über einen Kurswechsel entschieden und nicht das Militär. Im Unterschied zu den drei vorgenannten Ländern gab es im Senegal aufseiten der Opposition eine reelle und ernstzunehmende Alternative zu den seit langer Zeit etablierten Kräften.

Nachdem Sonko wegen seiner strafrechtlichen Verurteilung sein passives Wahlrecht verloren hatte, war es nur folgerichtig, dass er und seine Gefolgsleute im November 2023 seinen engen und langjährigen Mitstreiter Faye zu seinem Nachfolger als Präsidentschaftskandidat von PASTEF bestimmten. Auch wenn zu diesem Zeitpunkt sowohl Faye als auch Sonko in Haft war, konnte angenommen werden, dass mangels einer strafrechtlichen Verurteilung seine Kandidatur im Gegensatz zu der Sonkos nicht von der Wahl ausgeschlossen werden würde. Faye übernahm damit die Spitze der „Koalition Präsident Diomaye“, mit der er seinen Wahlkampf bestritt. Am 20. Januar 2024 gab der Verfassungsrat die endgültige Liste der Präsidentschaftskandidaten bekannt. Wie erwartet, war Sonkos Kandidatur ausgeschlossen worden. Aber die von Faye wurde validiert. Zwei der 19 bestätigten Kandidaten, Cheikh Tidiane Diéye und Habib Sy, verzichteten nach Bekanntwerden der Liste auf ihre eigene Kandidatur und riefen ihre Wähler dazu auf, für Faye zu stimmen.

Ausblick

Der Sieger der Präsidentschaftswahlen, Bassirou Diomaye Faye, hatte zuvor noch keine politischen Funktionen auf der Parlaments- und Regierungs-

ebene wahrgenommen. Sein Amt trat er somit frei von früheren Belastungen an.

Er steht vor großen und vielschichtigen Herausforderungen. Auf der ersten Pressekonferenz nach seiner Wahl am 25. März 2024 nannte Faye als seine vorrangigen Projekte die nationale Versöhnung, die grundlegende Reform („Neugründung“) der Institutionen sowie die spürbare Senkung der Lebenshaltungskosten.

„Ich setze mich dafür ein, mit Bescheidenheit und Transparenz zu regieren und Korruption auf allen Ebenen zu bekämpfen“, führte er aus. Den bi- und multilateralen Partnern des Senegal versicherte er, dass sein Land „ein sicherer und zuverlässiger Freund und Verbündeter eines jeden Partners bleibt, der sich mit uns in einer tugendhaften, respektvollen und für beide Seiten produktiven Zusammenarbeit engagiert.“

Zu seinen institutionellen Reformvorhaben zählen die Abschaffung des Hohen Rates der Gebietskörperschaften (*Haut Conseil des Collectivités Territoriales*), des Rates für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (*Conseil Économique Social et Environnemental*) und des Hohen Rates für sozialen Dialog (*Haut Conseil du Dialogue Social*). Dies würde bereits ein wichtiger Beitrag zur Senkung der Staatskosten sein. Der Mehrwert ihres Wirkens im staatlichen Institutionengefüge ist zudem nur schwer ersichtlich. Faye beabsichtigt, die Zuständigkeiten, Befugnisse und Machtverhältnisse der Staatsorgane neu zu adjustieren bzw. zu kalibrieren. Insbesondere will er die entsprechend dem Vorbild der Fünften Französischen Republik weitreichenden Befugnisse des Staatspräsidenten begrenzen. Dessen Handlungen sollen zudem viel stärker einer Rechenschaftspflicht unterliegen. Auch das Wahlsystem soll grundlegend reformiert werden. Innerhalb der staatlichen Verwaltung sollen Fonds, Agenturen und Dienststellen mit ähnlichen und sich teilweise überschneidenden Aufgaben- und Dienstleistungsbereichen nach dem Gebot der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zusammengeführt werden. Die Befugnisse der Staatsführung, politische Beamte zu ernennen, sollen zurückgeführt werden. Vielmehr sollen die betref-

fenden Stellen (insbesondere der Hauptabteilungs- und Abteilungsleiter) öffentlich ausgeschrieben werden.

Präsident Faye muss und wird alles daransetzen, die durch seine Wahl von den Bürgern und Bürgerinnen in ihn gesetzte Hoffnung zu rechtfertigen. Einen Vertrauensvorschuss hierfür hat er nun erhalten. Aber er muss innerhalb kurzer Zeit erste Erfolge vorweisen, die die Bevölkerung in ihrer Wahl bestätigen.

Seinen bi- und multilateralen Partnern hat er die Hand zur Fortsetzung der Zusammenarbeit ausgestreckt. Sie sind nun gefragt, die Inhalte dieser Kooperation gemeinsam mit einer neuen, selbstbewussten senegalesischen Führung im gegenseitigen Interesse zu gestalten. Sollte dieses Vorhaben im Falle des Senegal gelingen, könnten davon positive Impulse für die Beziehungen zu den anderen Staaten der Region Westafrika/Sahel ausgehen.

Präsident Faye ernannte noch am Tag seines Amtsantritts Ousmane Sonko zum Premierminister. Am 05. April 2024 stellte Sonko die neue Regierungsmannschaft vor. Sie besteht aus 25 Mitgliedern, darunter vier Frauen. Zwei Minister gehören der Minderheit christlichen Glaubens an. Hinzu kommen fünf Personen im Range von Staatssekretären. Die nur vier Wochen amtierende Vorgängerregierung unter Premierminister Sidiki Kaba umfasste 34 Mitglieder.

Auf dem afrikanischen Kontinent wurden der weitgehend problemlose Ablauf und das Ergebnis der Wahlen durchweg positiv aufgenommen. Unmittelbar nach der offiziellen Proklamation von Faye als Wahlsieger gratulierte im Namen der Afrikanischen Union (AU) deren Kommissionspräsident Moussa Faki Mahamat seinem neuen Partner zu seiner Wahl. Er wünschte ihm viel Erfolg für sein Mandat und versicherte ihm der Solidarität der AU. Bereits zwei Tage zuvor sprach der Kommissionspräsident der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS), Omar Aliou Touray, Faye Glückwünsche zu seiner Wahl aus. Drei Kommunikés vom 03., 06. und 16. Februar 2024 belegen, dass ECOWAS die Ereignisse,

seit Präsident Macky Sall die Verschiebung der Wahlen angekündigt hatte, aufmerksam und mit Sorge verfolgt und an alle Beteiligten appelliert hatte, die demokratischen Errungenschaften dieses „führenden Landes“ [wörtlich „*pays phare*“] der ECOWAS zu wahren.

Deutschland und Europa haben ein hohes Interesse daran, die durch die jüngeren Ereignisse bestätigte Rolle des Senegal als Stabilitätsanker der Region und als Gegenpol zur wachsenden Einflussnahme politischer Mächte wie Russland oder Iran zu stärken. Mächte, deren Vorstellungen, Interessen und Werte mit dem demokratisch-rechtsstaatlichen Modell westlich-atlantischer Prägung nicht vereinbar sind. Die von Faye angekündigten Reformvorhaben bieten wichtige Anknüpfungspunkte für eine teilweise Neuausrichtung der Zusammenarbeit. Wenn die Effizienz des öffentlichen Dienstes gesteigert und gleichzeitig die Korruption erfolgversprechend bekämpft wird, würde das Land auch für ausländische Direktinvestitionen attraktiver werden. Dies würde sich positiv auf

die Konjunktur auswirken. Weil der Senegal eine Brückenfunktion einnehmen kann, könnte die erfolgreiche Fortsetzung der Kooperation mit diesem Partnerland auch positive Wirkungen für eine Neuanknüpfung der Zusammenarbeit mit den benachbarten Staaten im Sahel entfalten. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu beobachten, wie sich Präsident Faye in nächster Zeit innerhalb der regionalen Organisationen oder im Verhältnis zu ihnen positionieren wird (ECOWAS, UEMOA, AES etc.).

In einer konstruktiven Begleitung und Unterstützung der Vorhaben der neuen senegalesischen Führung liegen gute Chancen, eine Kooperation fortzusetzen und auszuweiten, die von gegenseitiger Achtung getragen wird und für beide Seiten fruchtbar ist.

Die Glaubwürdigkeit und Autorität von Präsident Faye als Führungspersönlichkeit wird auch davon abhängen, inwieweit es ihm in den kommenden Wochen und Monaten gelingen wird, aus Ousmane Sonkos Schatten herauszutreten.

Literatur

Coalition Diomaye Président. (2024). *Le Projet. Pour un Sénégal souverain, juste et prospère*. Eigenverlag 2024. https://senegalpolitique.org/wp-content/uploads/2024/03/Programme-Bassirou-Diomaye-Faye_compressed.pdf

Demirdirek, M., & Talebian, H. (2022). *Bolstering the Bromances. Turkey's and Iran's Tightening Ties with Africa*. (GIGA Focus Global, 6). German Institute for Global and Area Studies (GIGA) – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien. <https://doi.org/10.57671/gfgl-22062>

Grütjen, K. (2018). Burkina Faso auf dem Weg zur V. Republik. In S. Luther (Hrsg.), *Verfassung. Garant für Stabilität oder Spielball der Mächtigen? Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit*, Ausgabe Nr. 23 (S. 16–29). Hanns-Seidel-Stiftung.

Grütjen, K. (2024). *Aktuelle Entwicklungen der regionalen Integration in Westafrika – Herausforderungen für die künftige Gestaltung der Außen- und Entwicklungspolitik* (IDOS Policy Brief 1/2024). IDOS. <https://doi.org/10.23661/ipb1.2024>

Nohlen, D. (2010). *Lexikon der Politikwissenschaft: Theorien, Methoden, Begriffe / 2 N – Z*. Originalausgabe, 4., aktualisierte und erw. Auflage. Band 2. Beck, 2010, S. 1189 ff.

Soma, A. (2024). *Insurrection juridictionnelle au Sénégal*. In Revue d'étude et de recherche sur le droit et l'administration dans les pays d'Afrique. *Afrilex: Février 2024* – https://afrilex.u-bordeaux.fr/wp-content/uploads/2024/02/Afrilex_PrSOMA_INSURRECTION-JURIDICTIONNELLE-AU-SENEGAL.pdf

Tuekam Tatchum, C. (2024). *L'évolution du contentieux des normes devant le conseil constitutionnel sénégalais : Réflexion à partir de la décision n° 1/C/2024 du 15 février 2024*. In Société Burkinabè de Droit Constitutionnel (SBDC) (Hrsg.). *Revue des Réflexions Constitutionnelles (RRC) de la SBDC, n° 042, Février 2024* (S. 11–32) – <https://www.sbdcbf.net/wp-content/uploads/2024/04/RRC-Fevrier-2024-Complet.pdf>

Dr. Klaus Grütjen ist Jurist und Verwaltungswissenschaftler, lebt und arbeitet seit über 20 Jahren in West- und Zentralafrika auf dem Gebiet der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit (Regierungsführung und Projekt-/Programm-Management); er ist Gutachter für politische, soziale und wirtschaftliche Analysen sowie strategische Beratung.

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW)

Zitationsvorschlag:

Grütjen, K. (2024). *Die Republik Senegal am politischen Wendepunkt – zum Amtsantritt von Staatspräsident Faye* (IDOS Policy Brief 10/2024). Bonn: IDOS. <https://doi.org/10.23661/ipb10.2024>

Disclaimer:

Die Publikation gibt die Meinung der Autor*innen wieder und stellt nicht unbedingt jene des German Institute of Development and Sustainability (IDOS) dar.



Sofern nicht anders angegeben, ist der Inhalt dieser Publikation unter einer Creative Commons Attribution 4.0 International Licence lizenziert. Es ist erlaubt, dieses Werk zu vervielfältigen, zu verbreiten und zu bearbeiten, solange das German Institute of Development and Sustainability (IDOS) gGmbH und der/die Autor*in(nen) genannt werden.

IDOS Policy Brief / German Institute of Development and Sustainability (IDOS) gGmbH

ISSN (Print) 2751-4455

ISSN (Online) 2751-4463

DOI: <https://doi.org/10.23661/ipb10.2024>

© German Institute of Development and Sustainability (IDOS) gGmbH

Tulpenfeld 6, 53113 Bonn

Email: publications@idos-research.de

<http://www.idos-research.de>

Gedruckt auf umweltfreundlichem, zertifiziertem Papier.

